

Stv. Kämmerer erläutert den Antrag. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht kurz vor einer möglichen Rechtsänderung durch neue Straßenausbaumaßnahmen zu KAG-Beiträgen herangezogen werden. Dennoch möchte der Ausschuss nicht, dass der Stadt die Möglichkeit genommen wird, in Notsituationen – zum Beispiel bei drohenden Schäden am Gasnetz – Ausbaumaßnahmen beschließen zu können. Einige Stadtverordnete werden Abgeordnete des Landtags auffordern, möglichst bald zu einer Entscheidung über die künftige gesetzliche Regelung zu kommen.

Anschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat folgenden